

LESERBRIEFE

Ich will keinen Lockdown mehr

Im letzten Winter mussten wir wegen des bekannten Lockdowns auf viel verzichten. Wir haben dies gemacht, um unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Leider scheint auch im nächsten Winter dieser Käfer uns mehr im Griff zu haben als umgekehrt. Auch wenn viele es nicht sehen wollen: Die aktuellen Zahlen deuten bedauerlicherweise immer noch darauf hin, dass auch heuer das Gesundheitssystem und insbesondere unser Gesundheitspersonal an die Grenze kommt. Es braucht deshalb auch eineinhalb Jahre nach

Beginn der Pandemie noch Einschränkungen, um dem Virus Herr zu werden. Als Verwaltungsrat eines Hockeyclubs, als Vater von zwei Hockeyspieler-Jungs, als VR-Präsident einer Bierbrauerei, als Zunftratsmitglied der Martinizunft Hochdorf und als Faschnächtler ist mir aber eines klar: Lieber Zertifikatspflicht als Lockdown! Darum sage ich aus tiefer Überzeugung: Ja zum Covid-19-Gesetz!

Adrian Nussbaum, Hochdorf, Fraktionschef Die Mitte Luzern

Nein zum Covid-19-Gesetz

Freiheit - Solidarität - Verantwortung: Mit diesen Begriffen wirbt Die Mitte Grosswangen für ein Ja zum Covid-19-Gesetz. Was ist das für eine Freiheit? Ist die Freiheit mit Zertifikat wirklich höher? Gerade noch wurde die «Ehe für alle» von der Mitte befürwortet, weil sie keine Diskriminierung von Menschen und ihrer Gesinnung will. Und jetzt befürwortet man eine «Differenzierung» der verschiedenen Personen. Das heisst nichts anderes als dass man mit der Zertifikatspflicht Menschen ausgrenzt, und so was bezeichnet «Die Mitte» letztendlich als Freiheit? Das Zertifikat bietet keine Freiheit, es schränkt ein, es diskriminiert, es spaltet die Gesellschaft, es drängt Menschen zur Impfung. Freiheit ist etwas, das man hierzulande mit in die Wiege gelegt bekommt, und sich nicht erkaufen oder erimpfen muss. Was ist das für eine Solidarität, wenn man glaubt, der effektivste

Schutz gegen das Virus sei die Impfung und ein ausgebautes Überwachungssystem namens Contact-Tracing schütze vor Weiterverbreitung? Solidarität wäre, die anderen Ansichten zur Impfung oder überhaupt zum ganzen Thema einfach zu akzeptieren und zu tolerieren. Was ist das für eine Verantwortung? Die finanziellen Unterstützungen des Bundes fallen per Ende Jahr beziehungsweise per Ende März 2022 weg. Mit einem Nein zum Covid-19-Gesetz am 28. November 2021 verändert sich an dieser Tatsache nichts. Jetzt geht es um einen Grundsatzentscheid! Will man das Machtreferugium des Bundesrates weiter ausbauen? Nein. Will man weiterhin Menschen «differenzieren»? Nein. Deshalb Nein zum Covid-19-Gesetz am 28. November 2021.

Cornelia Birrer-Kirchhofer, Vizepräsidentin SVP Kanton Luzern, Reitpädagogin/dipl. Lerncoach, Grosswangen

80 Zeilen pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen zu 34 Anschlägen beschränken (2700 Zeichen). Die Redaktion behält sich das

Recht vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen. Beiträge mit persönlichen Attacken und ehrverletzenden oder kreditschädigenden Äusserungen werden nicht veröffentlicht. Es werden nur Beiträge aufgenommen, deren Absender mit vollständigem Vor- und Nachnamen und vollständiger Adresse versehen sind.

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Anja Meier
SP, Willisau

Liebe Leserin, lieber Leser
Würden Sie Geld ausgeben, das Sie nicht haben? Wohl eher kaum. Letzte Woche hat der Luzerner Kantonsrat jedoch genau dies getan.

Ein übermütiger Schnellschuss?

Während rund acht Stunden wurde an der Oktobersession – wegen Corona nach wie vor in der Stadthalle Sursee – der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022–2025 sowie das Kantonsbudget für 2022 beraten. Das Thema klingt trocken; es handelt sich dabei aber praktisch um das wichtigste Geschäft des Jahres, da wir Ratsmitglieder mit diesem Instrument die thematischen und finanziellen Weichen der nächsten Jahre stellen können.

Finanziell geht es dem Kanton Luzern aktuell blendend, trotz pandemiebedingter Mehrausgaben: Dank Rekordausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Wert von knapp 200 Millionen rechnet die Regierung für 2022 mit einem Ertragsüberschuss von 55 Millionen Franken.

Meine persönliche Bilanz der diesjährigen Budgetdebatte fällt durchzogen aus. Zu reden gab insbesondere die Festsetzung des Steuerfusses für das nächste Jahr. Die Antwort der bürgerlichen Mehrheit auf die vollen Kantonskassen ist simpel: Steuern senken, und zwar rasch und markant. Während die Regierung den Steuerfuss von 1.70 auf 1.65 senken wollte, verlangten die bürgerlichen Parteien der Mitte, FDP und SVP gleich eine Reduktion auf 1.60. Die Letzteren haben sich schlussendlich gegen die Regierung sowie SP, Grüne und GLP durchgesetzt.

Auf den ersten Blick wirkt dies wie eine frohe Botschaft. Wer von uns zahlt denn schon gerne Steuern? Persönlich betrachte ich die anstehende Steuer-senkung auf 1.60 Einheiten aus vier Gründen als problematisch:

Erstens ist die Art und Weise, wie die

Steuersenkung ermöglicht wurde, fragwürdig. Der Kanton Luzern stemmt sie nicht aus eigener Kraft, sondern macht sie von den SNB-Ausschüttungen abhängig. Das ist riskant: Was passiert, wenn in den nächsten Jahren die Gelder aus Bern nicht mehr so fliessen wie angekündigt? Die Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahre geben nach wie vor Anlass zur Unsicherheit.

Zweitens ist die Ausgestaltung der Steuersenkung problematisch. Die SP wehrt sich nicht grundsätzlich gegen steuerliche Entlastung, diese soll aber am richtigen Ort geschehen. Denn: Von einer allgemeinen Steuersenkung profitieren primär die hohen Einkommen, mittlere Einkommen nur marginal, die tiefen Einkommen gehen gar leer aus. Im Kanton Luzern zahlen tiefere und mittlere Einkommen weiterhin überdurchschnittlich hohe Steuern – im schweizweiten Vergleich befinden wir uns im obersten Drittel. Für die SP ist klar: Würde der neu gewonnene finanzielle Spielraum für Verbesserungen bei der Einkommenssteuer der tiefen und mittleren Einkommen verwendet, würde die Kaufkraft der breiten Luzerner Bevölkerung gestärkt und die Luzerner Volkswirtschaft wirksamer angekurbelt als durch die

Verteilung weiterer Steuergeschenke an hohe Einkommen.

Drittens hat der Kanton Luzern zunächst noch Hausaufgaben zu erledigen: In den letzten Jahren sind durch diverse Sparpakete zahlreiche grosse und kleine kantonale Leistungen abgebaut worden. Zehntausenden Menschen wurde die Prämienverbilligung gestrichen und die Entlastung von Einzelpersonen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lässt weiterhin auf sich warten. Bezahlbare Kindertagesstätten sind für viele Familien nach wie vor Wunschdenken. Es fehlt an finanziellen und personellen Ressourcen in der Verwaltung und der Bildung, etwa in der Logopädie oder der integrativen Bildung, aber auch bei der psychischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Eigentlich wären jetzt die Voraussetzungen vorhanden gewesen, um die nach wie vor spürbaren Auswirkungen der Spar-massnahmen zu beseitigen oder zumindest abzufedern. Voraussetzungen, um wichtige Investitionen in den Bereichen Klima, öV, Gesundheit, Fachkräftemangel oder Gleichstellung zu tätigen. Voraussetzungen, um der Bevölkerung endlich wieder etwas in Form von Leistungen zurückzugeben, etwa durch eine

Reduzierung der Schulgelder oder eine Erhöhung der Prämienverbilligung. Diese Chancen hat der Kantonsrat leider nicht ergriffen.

Viertens kommen in naher Zukunft ungewisse Mehrausgaben auf den Kanton Luzern zu, etwa die Finanzierung der Massnahmen des Klimaberichts, Anpassungen bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen oder Mehrausgaben im Kontext der eidgenössischen Prämien-Entlastungs-Initiative. Dies schafft zusätzliche Unsicherheit.

Selbstverständlich soll der Kanton nicht auf Vorrat Steuern erheben. Aber in Anbetracht dieses immensen Aufgabenberges den Steuerfuss jetzt schon auf eine solch schnelle und drastische Art zu senken, grenzt nicht nur an Übermut, sondern schon fast an Fahrlässigkeit. Es wäre wünschenswert gewesen, hätte die Mehrheit der Ratsmitglieder über die Nasenspitze beziehungsweise die nächsten Wahlen hinaus gedacht. Die Senkung ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht nachhaltig. Sollte sie sich als Schnellschuss herausstellen, nehmen wir die bürgerlichen Parteien bei ihrem Wort, für eine Rückgängigmachung Hand zu bieten – denn weitere Sparpakete sind tabu.



Blick auf die Autobahn in Luzern: Der Regierungsrat will in der Mobilität nach eigenen Angaben neue Wege gehen. Foto Keystone/Gaetan Bally

ÖV, Auto, Velo: Kanton Luzern will Mobilität integral planen

REGIERUNGSRAT Im Kanton Luzern soll der Verkehr ganzheitlicher weiter entwickelt werden. Der Regierungsrat will ein neues Instrument schaffen, um die verschiedenen Verkehrstypen und die verschiedenen Mobilitätsbedürfnisse aufeinander abgestimmt planen zu können, wie die Staatskanzlei am Dienstag mitteilte.

Der Regierungsrat geht gemäss der Mitteilung davon aus, dass der Verkehr im Kanton Luzern weiter zunehmen wird. Als Gründe genannt werden die wachsende Bevölkerung, das Freizeitverhalten und die zunehmende Zahl an Gütern. Schon heute seien aber die Kapazitätsgrenzen des Strassen- und Schienenverkehrs in den Stosszeiten erreicht, hiess es in der Mitteilung.

Damit die Mobilität im Kanton gewährleistet bleibt, soll der Hebel an verschiedenen Orten angesetzt werden. Es brauche neue Infrastrukturen wie den Durchgangsbahnhof Luzern oder die Umfahrungsautobahn Bypass, teilte die Staatskanzlei mit. Ferner solle die bestehende Infrastruktur effizienter ge-

nutzt werden. Auch das Mobilitätsverhalten sei zu überdenken.

Vernehmlassung eröffnet Im Planungsbericht «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern», dessen Entwurf bis am 11. März 2022 in der Vernehmlassung ist, will der Regierungsrat nun aufzeigen, wie er die Mobilität künftig planen will. Die Grundidee besteht darin, dass das Thema umfassender angegangen werden soll. Planerisch unter einen Hut zu bringen sind so gesellschaftliche, demografische und technologische Entwicklungen, die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse in Stadt, Agglomeration und auf dem Land, sowie die verschiedenen, heute getrennt laufenden politischen Instrumente wie Strassenbauprogramm, ÖV-Bericht oder Radroutenkonzept. Schlüssel dazu soll das neue Planungsinstrument «Programm Gesamtmobilität» sein.

Strategie und Massnahmen Das Gesamtmobilitätsprogramm wird zweigeteilt: Alle zehn Jahre soll eine Mobilitätsstrategie erarbeitet werden, die verkehrsmittelübergreifend ist. Darauf abgeleitet werden alle paar Jahre die einzelnen Massnahmen. Verschiedene Massnahmen, etwa aus den Berei-

chen Güterverkehr, Mobilitätsmanagement, Verkehrsdrehscheiben oder auch Digitalisierung, könnten so gesamtheitlich betrachtet und beurteilt werden, hiess es dazu im Planungsbericht. Die Erkenntnisse aus dem Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern sollen auch Basis für künftige Richtpläne sein. Der kantonale Richtplan wird alle zehn Jahre überarbeitet. Die Vorgaben aus dem Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik sollen umgekehrt ebenfalls im Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern Niederschlag finden.

Zielkonflikte unvermeidbar Klar ist für den Regierungsrat, dass es trotz der integralen Planung nicht ohne Zielkonflikte abgehen wird. Dies bedinge eine sorgfältige Interessensabwägung und einen politischen Aushandlungsprozess, hiess es dazu im Planungsbericht. Nach der Vernehmlassung wird der Regierungsrat seinen Planungsbericht allenfalls anpassen und dann dem Kantonsrat unterbreiten. Gleichzeitig wird dem Parlament ein Mantelerlass vorgelegt mit verschiedenen gesetzlichen Anpassungen, die nötig sind, um das Programm Gesamtmobilität umzusetzen.

sd